

Pressekonferenz - Conferenza Stampa

**“Strategische Entscheidungen für Wachstum und
Wettbewerbsfähigkeit”**

„Scelte strategiche per competitività e crescita”

Bozen – Bolzano

20 / 11 / 2012

Dolomiten, 21/11/2012, S. 1



I.P. 1882 2012

Dolomiten

TAGBLATT DER SÜDTIROLER

Mittwoch, 21. November 2012 - www.dolomiten.it

Poste Italiane SpA - Versand im Postabonnement - ges. Dekr. 353/2003 (abgeändert in Ges. 27/02/2004 Nr. 46) Art. 1, Komma 1, CNS Bozen

1,20 € Südtirol u. Trentino - 1,80 € Gardasee, restl. Italien u. Ausland

130. Jahrgang, Nummer 269

IM WIKU: Immer
r Birnbäume



Wirtschaft schlägt Alarm: Es läuft viel zu viel falsch



Stefan Pan DLife/LO

UNTERNEHMERVERBAND: „Luxusauto Südtirol droht mit vollem Tempo an die Wand zu fahren“ ▶ Seite 22



**Wirtschaft schlägt Alarm:
Es läuft viel zu viel falsch**

**Treuhand-Gesetz des Landes
als Stolperstein für SEL AG**

Erwartete Waffenruhe geplatzt

**Morgen
ist Ihr
„Dolomiten“**

Der Weckruf der Unternehmer an die Politik

LANDESHAUSHALT: Unternehmerverband übt scharfe Kritik an der Landesregierung – Stefan Pan: „Weniger, dafür aber überlegter ausgeben“

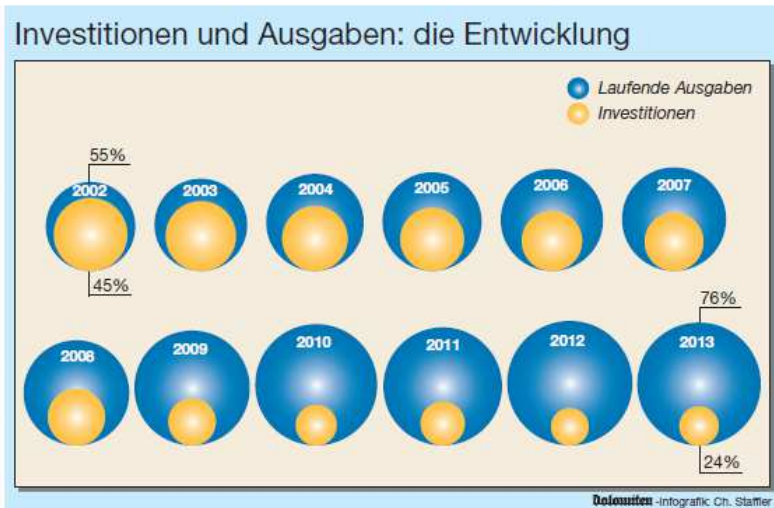
VON ARNOLD SORG

BOZEN. In eindringlichen Worten forderte der Südtiroler Unternehmerverband (UVS) gestern von der heimischen Politik eine Kurskorrektur: Die Wohlfahrt des gesamten Landes stehe auf dem Spiel, wenn man nicht dringend etwas ändere, sagte UVS-Präsident Stefan Pan. „Es ist fünf vor zwölf.“

„Südtirol ist wie ein Luxusauto – toll ausgestattet, aber gerade dabei, mit vollem Tempo an die Wand zu fahren“, so Pan. Der Landshaushalt müsse anders gestaltet werden, sonst gebe es ein schlimmes Erwachen. „Das Luxusauto“, so Pan, muss ohne Ledersitze weiterfahren, habe dafür aber Platz für mehr Personen.

Betrachte man die tatsächlich verfügbaren Gelder, so sei der Landshaushalt 2013 auf das Niveau von 2003 zurückgegangen, sagte der UVS-Präsident. „In diesem Jahrzehnt hat sich der Einsatz der Mittel aber radikal geändert“: Die Ausgaben für Investitionen seien von 45 Prozent auf 24 Prozent zurückgegangen, infolgedessen seien die laufenden Ausgaben von 55 Prozent auf 76 Prozent der verfügbaren Ressourcen gestiegen (siehe Grafik).

„Dank der Autonomie hat das Land Südtirol außergewöhnliche Möglichkeiten“, sagte Pan, die jedoch oft nicht vollständig genutzt



würden. Die „drei größten Kostenblöcke“ Verwaltung, Sanität und Bildung würden mittlerweile mehr als die Hälfte des gesamten Landshaushaltes ausmachen.

„Das Land ähnelt immer mehr einem Unternehmen, das nur mehr die Gehälter der Mitarbeiter, die Mieten und die Stromrechnung bezahlt, dem aber die Gelder für strategische Investitionen, die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum bedeuten, fehlen“, fand Pan harte Worte für die Landesregierung. Da weniger Mittel zur Verfügung stünden, sei es notwendig, weniger, dafür

aber überlegter auszugeben, mahnte der Unternehmer-Präsident.

Sparen müsse man vor allem in zwei Bereichen: der Verwaltung und der Sanität. „Südtirol braucht eine schlankere Verwaltung auf allen Ebenen.“ Hierzu lande arbeite einer von fünf Erwerbstätigen in der öffentlichen Verwaltung, in Italien einer von sieben, in Österreich einer von acht und in Deutschland einer von zehn, so Pan. Ohne Entlassungen, aber mit einer Beschränkung des „turn-overs“, wie im Trentino beschlossen (nur eine

von fünf frei werdenden Stellen wird nachbesetzt), sollte es laut UVS möglich sein, Südtirol den internationalen Standards anzupassen und trotzdem gute Dienstleistungen zu garantieren.

Eine schlankere Verwaltung brauche es auch in der Sanität, so Pan. Die Auflösung der vier Gesundheitsbezirke, die Zentralisierung der Verwaltung des Sanitätsbetriebes und die Einführung einer gemeinsamen Vergabestelle für den Ankauf von Medikamenten, sanitären Gütern und Dienstleistungen seien notwendige Schritte in diese Richtung.



„Das Land ähnelt immer mehr einem Unternehmen, das nur mehr die Gehälter der Mitarbeiter, die Mieten und die Stromrechnung bezahlt, dem aber die Gelder für strategische Investitionen fehlen.“
Stefan Pan, UVS-Präsident

„Unerlässlich ist auch die Schaffung von Kompetenzzentren, denn die Gesundheit muss in den Vordergrund gestellt werden und nicht die Krankenhäuser“, sagte der UVS-Präsident. „In diesem Fall geht es nicht ums Sparen, sondern um die bestmögliche Behandlung.“

Neben den Sparmaßnahmen gebe es laut UVS aber auch strategische Maßnahmen, welche die Politik angehen müsste: den

Bürokratieabbau, die Internationalisierung, sowie die Investition in die Innovation.

Eine weitere Priorität habe die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. „Man schafft aber keine neue Beschäftigung, indem man Unternehmen von außerhalb durch die Befreiung der Wertschöpfungssteuer Irap und Mietnachlässe bevorzugt“, polterte Pan. „Bestraft man die ansässigen Unternehmen, riskiert man nur, bereits existierende Arbeitsplätze zu verlieren.“

Strategisch sei auch die Reduzierung der Lohnkosten für die Unternehmen. „Es kann nicht sein, dass das Unternehmen für 100 Euro an den Arbeitnehmer bezahlten Lohn 114 Euro an den Staat in Form von Steuern und Abgaben abliefern muss“, sagte Pan.

Was es vor allem aber auch brauche, sei eine neue Beziehung zwischen privatem und öffentlichem Sektor, meinte der UVS-Präsident. Die zur Verfügung stehenden Mittel seien gering.

Die öffentliche Hand müsste sich laut Unternehmerverband daher „aus all jenen Sektoren zurückziehen, die als nicht strategisch angesehen werden“.

Cippy Video auf stol.it
Vorteil für smarte Leser: Rufen Sie mit dem nebenstehenden Quadrat („QR-Code“ genannt) direkt am Smartphone STOL auf. Holen Sie sich dafür die kostenlose App „Cippy“ und profitieren Sie dabei noch von vielen weiteren Funktionen und monatlichen Geschenkerlosungen.

22 Wirtschaft Seiten 5, Nummer 112, 11. November

Der Weckruf der Unternehmer an die Politik
LANDESHAUSHALT: Unternehmerverband übt scharfe Kritik an der Landesregierung – Stefan Pan: „Weniger, dafür aber überlegter ausgeben“

Investitionen und Ausgaben: die Entwicklung

Das Land ähnelt immer mehr einem Unternehmen, das nur mehr die Gehälter der Mitarbeiter, die Mieten und die Stromrechnung bezahlt, dem aber die Gelder für strategische Investitionen fehlen.“

„Unerlässlich ist auch die Schaffung von Kompetenzzentren, denn die Gesundheit muss in den Vordergrund gestellt werden und nicht die Krankenhäuser“, sagte der UVS-Präsident.

Neben den Sparmaßnahmen gebe es laut UVS aber auch strategische Maßnahmen, welche die Politik angehen müsste: den Bürokratieabbau, die Internationalisierung, sowie die Investition in die Innovation.

Eine weitere Priorität habe die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. „Man schafft aber keine neue Beschäftigung, indem man Unternehmen von außerhalb durch die Befreiung der Wertschöpfungssteuer Irap und Mietnachlässe bevorzugt“, polterte Pan.

Strategisch sei auch die Reduzierung der Lohnkosten für die Unternehmen. „Es kann nicht sein, dass das Unternehmen für 100 Euro an den Arbeitnehmer bezahlten Lohn 114 Euro an den Staat in Form von Steuern und Abgaben abliefern muss“, sagte Pan.

Was es vor allem aber auch brauche, sei eine neue Beziehung zwischen privatem und öffentlichem Sektor, meinte der UVS-Präsident.

Die öffentliche Hand müsste sich laut Unternehmerverband daher „aus all jenen Sektoren zurückziehen, die als nicht strategisch angesehen werden“.

DER NEUE VOLVO V40. IT'S YOU.

HER AB 175 EURO IM MONAT

Garage Alpe

LA CRISI » LA RICETTA DELLE AZIENDE

di Orfeo Donatini

BOLZANO

Assoimprenditori Alto Adige torna a lanciare l'allarme sulla necessità urgente di qualificare la spesa pubblica soprattutto della Provincia.

«Guardando alle risorse effettivamente disponibili – ha infatti sottolineato ieri il presidente Stefan Pan – il bilancio 2013 della Provincia è tornato ai livelli del 2003. Ma in questo decennio la struttura del bilancio è radicalmente cambiata: la spesa per investimenti è scesa dal 45 al 24% e di conseguenza quella per le spese correnti è salita dal 55 al 78% delle risorse disponibili. Grazie alla sua autonomia, l'Alto Adige possiede delle opportunità straordinarie, che però spesso non vengono sfruttate in pieno, limitando così le possibilità di azione. Le spese correnti continuano a crescere e le tre grandi voci di spesa – amministrazione, sanità, formazione – rappresentano ormai la metà dell'intero bilancio provinciale. La Provincia assomiglia sempre di più ad un'azienda che paga solo gli stipendi ai propri lavoratori, le spese per l'affitto e la bolletta energetica, ma a cui non restano abbastanza fondi per praticare gli investimenti strategici destinati a garantire competitività e crescita. Per questo motivo è necessario spendere meno e spendere meglio».

Presidente, ma allora quali sarebbero secondo voi le scelte strategiche da fare subito e gli ambiti dove risparmiare?

«Assoimprenditori chiede da tempo un cambio di mentalità. Bisogna innestare una marcia in più. L'agenda delle riforme predisposta dalla Camera di Commercio e dal Südtiroler Wirtschaftsring va proprio in questa direzione: per la prima volta tutte le associazioni economiche hanno elaborato un documento comune con proposte concrete per rimodellare il bilancio provinciale. Riteniamo sia arrivato il momento di individuare le priorità su cui puntare. L'Alto Adige ha bisogno di un'amministrazione più snella a tutti i livelli: qui un occupato su cinque lavora nella pubblica amministrazione, in Italia uno su sette, in Austria uno su otto ed in Germania uno su dieci. Senza licenziare nessuno, ma limitando il turn-over come si fa in Trentino,



I vertici dell'Associazione Imprenditori dell'Alto Adige ieri hanno illustrato la ricetta delle imprese contro la crisi

Pan: meno spesa corrente Più investimenti strategici

Il presidente di Assoimprenditori chiede un definitivo "cambio di mentalità"
Blocco delle assunzioni provinciali e tagli alla sanità, investire nella banda larga

«Tornare alle performance di dieci anni fa»

Anche se il bilancio di previsione del 2013 Ingrana la retromarcia tornando ai numeri di quello del 2003, spiega il presidente di Assoimprenditori, il fattore più preoccupante rispetto al futuro sta nell'inversione del mix tra spesa corrente e investimenti. All'epoca infatti la distribuzione delle risorse era al 45% su questi ultimi mentre solo il 24% era destinato alla cassa; oggi l'equilibrio si è invertito, e il fattore che doveva essere il propulsore della crescita economica ha fatto le spese di una macchina burocratica sovradimensionata.

dovrebbe essere possibile adeguare l'Alto Adige agli standard internazionali e garantire comunque dei buoni servizi».

Non solo nell'amministrazione, ma anche nella sanità.

«Un apparato amministrativo più snello è necessario anche nel settore sanitario con lo scio-

glio dei quattro comprensori sanitari. L'accentramento dell'amministrazione dell'azienda sanitaria e l'istituzione di un centro unico per l'acquisto di medicinali, prodotti e servizi sanitari sono passi necessari in questa direzione. E' inoltre indispensabile creare centri di com-

petenza perché in primo piano deve essere messa la salute e non le strutture ospedaliere».

Una volta fatti i tagli imposti dalla crisi, servono però anche gli investimenti strategici.

«La riduzione del carico burocratico è la madre di tutte le riforme; poi serve incrementare l'internazionalizzazione e di conseguenza l'export delle nostre aziende, grandi e piccole; e fare questo significa sostenere l'innovazione frutto di una formazione d'eccellenza e ovviamente ridurre il costo del lavoro agendo con interventi mirati a ridurre il cuneo fiscale».

E da qui si consolida e si sviluppa anche l'occupazione?

«Certo. L'Alto Adige oggi si trova in una situazione che tutto sommato è ancora molto buona, ma per mantenerla servono

gli investimenti strategici: la copertura dell'intero territorio con la rete a banda larga, il risanamento energetico degli edifici pubblici, il completamento delle infrastrutture di trasporto. E sono solo alcuni esempi».

Varando anche un nuovo rapporto fra pubblico e privato?

«E' necessario assolutamente un nuovo rapporto tra settore pubblico e privato. Le risorse sono poche ed è giusto metterle assieme. La mano pubblica dovrebbe, quindi, ritirarsi da tutti quei settori che non sono considerati strategici. Così come si deve ridimensionare il numero delle società pubbliche non solo per risparmiare, ma anche per ottimizzare l'efficienza del servizio offerto e favorire una maggiore trasparenza».

Weekend
ECONOMIA Bolzano

LA CRISI » LA RICETTA DELLE AZIENDE

Il presidente di Assoimprenditori chiede un definitivo "cambio di mentalità"
Blocco delle assunzioni provinciali e tagli alla sanità, investire nella banda larga

Pan: meno spesa corrente Più investimenti strategici

Il presidente di Assoimprenditori chiede un definitivo "cambio di mentalità"
Blocco delle assunzioni provinciali e tagli alla sanità, investire nella banda larga

le energie: le priorità sono cooperazione, sanità e lingue

Le male della Venezia a Dubai

Invocati tagli alle spese, incentivi per l'export e il blocco del turn over. I sindacati divisi

Pan: la giunta cambi rotta

Industriali in pressing. Durnwalder: non lamentatevi

Edilizia sociale

Ipes tra furbetti e codice etico Ottanta denunce ogni anno



BOLZANO — Tagliare la spesa pubblica cominciando con lo snellire l'amministrazione e riducendo il budget per la sanità. Poi incentivi mirati alle aziende per promuovere l'internazionalizzazione e l'innovazione. Questa la ricetta di Assoimprenditori per uscire da una crisi che si fa sentire anche in Alto Adige. «Siamo come un'auto di lusso che viaggia a grande velocità verso un muro» ha detto il presidente degli industriali Stefan Pan presentando l'Agenda per lo sviluppo e la competitività. Secca la replica del presidente della giunta Luis Durnwalder. «Il mondo economico — ribatte — e soprattutto gli industriali hanno avuto tanto con l'ultima finanziaria. Non dovrebbero lamentarsi».

L'agenda Pan divide anche i sindacati. Secondo il segretario della Cgil Lorenzo Sola è la «solita minestra riscaldata». Più cauto Toni Serafini della Uil: «Giusto snellire l'amministrazione ma bisogna ridurre i comuni.» Michele Buonerba della Cisl rilancia: «Assoimprenditori accetti di fare un patto sull'aumento della produttività».

A PAGINA 3 Ruggera, Graziosi, Pozzi



L'appello Assoimpreditori chiede il blocco del turnover e una sanità più efficiente. «Va ridotto subito il costo del lavoro»

«Tagli alla spesa e incentivi per l'export»

Pan: la giunta deve cambiare rotta. Durnwalder: le aziende non si lamentino

BOLZANO — «L'Alto Adige è come un'automobile di lusso, piena di comodi optional, che però sta viaggiando a grande velocità verso un muro. Siamo ancora in tempo per evitare l'impatto, per stuzzicare dolcemente ed evitare il muro: ma dobbiamo farlo altrimenti saranno guai». Una metafora efficace, quella con cui il presidente di Assoimpreditori, Stefan Pan, ha aperto ieri la conferenza sul tema «Scelte strategiche per competitività e crescita». Si tratta di una serie di indicazioni che il mondo imprenditoriale altoatesino rivolge pubblicamente a palazzo Widmann, in occasione della discussione sul bilancio provinciale.

Lo scenario

«Guardando alle risorse effettivamente disponibili, il bilancio 2013 è tornato ai livelli del 2003. In questo decennio — ha osservato Pan — la struttura del bilancio è radicalmente cambiata: la spesa per investimenti è scesa dal 45% al 24% e di conseguenza quella per le spese correnti è salita dal 55% al 76%. Delle risorse disponibili.

Grazie alla sua autonomia, l'Alto Adige possiede delle opportunità straordinarie, che però spesso non vengono sfruttate: finora sono stati apportati solo i tagli richiesti dallo Stato mentre nessuna iniziativa è stata presa in autonomia a livello locale.

Pan ha poi concentrato l'attenzione sulle tre principali voci di spesa (amministrazione, sanità e formazione) che rappresentano la metà dell'intero bilancio provinciale.

«La Provincia assomiglia sempre di più ad un'azienda che paga solo gli stipendi ai propri lavoratori, le spese per l'affitto e le bollette — ha commentato il presidente di Assoimpreditori — ma a cui

non restano abbastanza fondi per praticare gli investimenti strategici che garantiscono competitività e crescita. Per questo motivo è necessario spendere meno e meglio: la spending review può trasformarsi in una grande occasione e consentire alla nostra provincia di restare competitiva».

I tagli

Assoimpreditori chiede «un'amministrazione più snella a tutti i livelli». Pan sottolinea al riguardo alcuni dati: «In Alto Adige un occupato su cinque lavora nella pubblica amministrazione, in Italia uno su sette, in Austria uno su otto ed in Germania uno su dieci. Sen-

za licenziare nessuno, ma limitando il turn-over, come deciso ad esempio in Trentino, dove viene occupato soltanto uno su cinque posti che si liberano, dovrebbe essere possibile adeguare l'Alto Adige a questi standard, continuando a garantire dei buoni servizi». Nel settore sanitario, in particolare, Pan ri-

badisce la richiesta di sciogliere i quattro comprensori e di accentrare l'amministrazione dell'Asl, oltre a istituire un centro unico per l'acquisto di medicinali e servizi sanitari. Il presidente Pan, assieme al direttore Josef Negri, ha anche chiesto una riduzione della burocrazia: «Non costerebbe nulla e consentirebbe di ridurre la spesa pubblica, rendendo inoltre più efficiente il rapporto con l'amministrazione. La Provincia ha più volte promesso di voler tagliare la burocrazia, ma molte possibilità non sono ancora state sfruttate».

Internazionalizzare

Una delle chiavi di volta della ripresa è stata indicata nell'export: «Le esportazioni sono uno dei pochi fattori che continuano a crescere ed a generare valore. Le aziende esportatrici — ha ricordato Pan — pagano retribuzioni più alte del 44% rispetto alle aziende non esportatrici, investono di più e hanno una maggiore produttività. Le aziende esportatrici svolgono anche una funzione di traino per tutte quelle imprese minori

che da sole non sono in grado di affrontare i mercati esteri». Gli altri aspetti di cui non si può fare a meno, secondo gli industriali altoatesini, sono l'innovazione, attraverso una formazione eccellente dei giovani, e il rilancio dell'occupazione: «Ma non si crea nuova occupazione favorendo imprese da fuori — ha ricordato Pan — attraverso esenzioni Irap e sconti sugli affitti. Si ottiene, invece, l'effetto contrario. Strategica è la riduzione del costo del lavoro per le imprese: non è possibile che per ogni cento euro che riceve il lavoratore, l'impresa ne debba pagare 114 allo Stato sotto forma di tasse e contributi. Il rilancio dell'occupazione si ottiene puntando infine su investimenti strategici: la copertura dell'intero territorio con la rete a banda larga, il risanamento energetico degli edifici pubblici e il completamento delle infrastrutture di trasporto. Fondamentale sarà anche la gestione dell'energia: auspicio che in futuro si guardi di più ai vantaggi per cittadini e imprese, magari con una gestione mista pubblico-privato».



Proposte Stefan Pan, presidente Assoimpreditori. A sinistra, Negri e a destra, Biasi

L'Alto Adige è come una macchina lussuosa lanciata verso un muro

» **I confederali** Cgil: ministra riscaldata. Uil: basta contributi a pioggia. Cisl: patto sulla produttività

La cura anti-crisi divide i sindacati

BOLZANO — Le ricette per la competitività e la crescita di Assoimpreditori dividono i sindacati. Irritazione da parte della Cgil, che sottolinea come il documento stilato dagli industriali non sia altro che «un minestrone rimescolato» di quanto già detto e pubblicato dalla Camera di Commercio. «Abbiamo già espresso le nostre opinioni a riguardo ma — chiarisce Lorenzo Sola, segretario della Cgil — ribadiamo che l'impostazione e la filosofia di base di questo documento ci vedono contrari. Non possiamo essere d'accordo con chi prevede una privatizzazione generale dei servizi pubblici. Siamo proprio agli antipodi». Sola fa poi un'esempio concreto. «Certamente parlare di riduzione della burocrazia ci trova d'accordo ma — dice — sappiamo benissimo cosa intendono loro con questo, e cioè licenziare mi-

gliata di dipendenti pubblici. Il sistema che loro presentano è quello che ha portato l'Europa allo stato attuale».

Più caute da parte della Uil, che però ricorda come «una parte rilevante delle spese pubbliche sia costituita da contributi all'economia e associazioni varie. «In questo caso — sottolinea il segretario della Uil Toni Serafini — si tratta di modificare la natura dei contributi: basta contributi a pioggia, ma invece contributi mirati su progetti». Se si vuole risparmiare poi, la Uil ha le idee chiare: «serve un'amministrazione più snella. Andrebbe infatti studiata e messa in programma una operazione di accorpamento dei comuni dell'Alto Adige con meno di 2.000 abitanti. Puntare sulla ricerca e innovazione poi è fondamentale, ma — prosegue — devono collaborare al finanzia-

mento anche le aziende private» in merito all'Irap invece, Serafini sottolinea come la riduzione debba esserci solo per le aziende che innovano e aumentano l'occupazione. «Serve una riforma fiscale nazionale e una lotta serrata all'evasione fiscale — conclude Serafini —. Pagare meno, ma pagare tutti, in proporzione alle

proprie capacità di reddito e di patrimonio».

Ad aprire ad Assoimpreditori ci pensa la Cisl, che però lancia una sfida al gruppo guidato da Stefan Pan. «Se chiedono una riduzione del costo del lavoro — dichiara Michele Buonerba — e noi lo diciamo da tre anni, allora mi aspetto che il pross-

imo martedì, quando ci incontreremo con gli imprenditori, loro accettino l'accordo sulla produttività». Accordo stipulato a livello nazionale che prevede una collaborazione con le parti sociali e che, a fronte di intese che determinano l'aumento della produttività, prevede una riduzione della tassazione del salario. «Diminuire il cuneo fiscale si può ma — spiega il segretario della Cisl — gli imprenditori devono volerlo». Per il resto Buonerba dimostra una certa convergenza di idee con quanto detto da Assoimpreditori. «Da tempo chiediamo che si proceda con un'amministrazione più snella e — afferma — la stessa cosa vale per la burocrazia, ma solo se a perdersi non è la trasparenza. L'internazionalizzazione delle aziende è un punto importante, ma allora dobbiamo fare come a Trento, e cioè introdurre incentivi per l'aggressione di imprese. Non andremo mai da nessuna parte infatti se più del 90% delle nostre aziende ha meno di 10 dipendenti».



Critico Lorenzo Sola (Cgil) **Cautela** Toni Serafini della Uil **Sfida** Michele Buonerba, Cisl

La replica

Il presidente della Provincia Luis Durnwalder ha subito risposto, seccamente, alle richieste di Assoimpreditori: «Penso che Pan sia proprio l'ultima persona a dovere criticare l'operato della giunta: in molti non hanno condiviso il nostro bilancio, ma il mondo economico, che ne ha tratto più benefici rispetto agli altri, è l'ultimo a doversi lamentare». Durnwalder ha aggiunto: «Mi rammarico soprattutto che Pan si lamenti in una conferenza stampa e non venga invece direttamente da noi. Se il presidente di Assoimpreditori ha delle proposte valide, che possano migliorare l'operato di questa giunta, saremmo ben felici e disponibili di accettarle. Siamo stati criticati molto anche dai sindacati per l'appoggio e l'attenzione che abbiamo riservato al mondo economico, quindi non capisco da dove nasca l'insoddisfazione del presidente Pan».

Luigi Ruggera
Iaria Graziosi

Crescita Le prospettive

«Tagli alla spesa e incentivi per l'export»
Pan: la giunta deve cambiare rotta. Durnwalder: le aziende non si lamentino



«Questo è il modo in cui vedo il mondo, e deve cambiare una cosa: sono un ottimista, ma un ottimista imprudente»

L'OTTIMISTA IMPAZIENTE
BILL GATES IN PAROLE SUE
a cura di USA ROSA

Kommentar – Mit dem Landeshaushalt 2013 müssen die Weichen neu gestellt werden, weil vorbeugen besser ist als heilen

Es ist Zeit zu handeln

Die Landesregierung hat den Haushalt 2013 verabschiedet, jetzt ist der Landtag am Zug. Der große Wurf ist mit Blick auf das Wahljahr 2013 nicht gelungen. Derweilen sind **Lobbys bemüht, das notwendige Umdenken im Ansatz abzuwürgen**. Dabei ist es höchste Zeit zu handeln.

Bozen – Seit bald zwei Jahren wird über die Staatsschuldenkrise geredet, die unmittelbar den Euroraum bedroht, aber eine hohe Ansteckungsgefahr für die halbe Welt beinhaltet. Viele hoch verschuldete Staaten müssen sparen und sie ziehen zudem die Steuerschraube an. Diese Kür tut der Wirtschaft gar nicht gut, Konsum und Investitionen leiden. Ein Sorgenkind ist insbesondere Italien. Die Regierung hat dem Land eine Rosskur auferlegt, weitere Schritte sind bereits geplant. Und derzeit ist noch nicht abzusehen, ob es noch dicker kommt. Wer immer auch bei den Neuwahlen im März oder April nächsten Jahres ans Ruder kommt: der Handlungsspielraum ist denkbar klein!

Das italienische Schuldendilemma hat längst seine Schatten auf Südtirol geworfen. Der Staat zwingt das Land zum Sparen, und nach ersten Einschnitten schon in den letzten Jahren geht es jetzt ans Eingemachte. Rom weigert sich ganz einfach, die dem Land gesetzlich zuerkannten Mittel in vollem Umfang zuzuweisen, nicht so sehr, um den Südtirolern eins auszuwischen, sondern

Der Ernst der Lage wird nicht erkannt

aus der Erkenntnis heraus, dass da wie an vielen anderen Orten auch Sparpotenzial besteht. Wie dramatisch die Situation ist, zeigt sich auch an einer ganz anderen Front: Der Staat besteht weiterhin auf der Mehrwertsteuer auf die Müllabfuhrgebühr, obwohl Verfassungsgericht, Kassationsgericht und Rechnungshof anderer Auffassung sind. Das bestätigt: Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.

Der Ernst der Lage wird vielfach nicht erkannt, insbesondere auch nicht in Südtirol, das mit Abstand die besten Karten hat, mit einem blauen Auge auszusteiigen und durch rasches und entschiedenes Handeln gesamtstaatliche oder gar griechische Verhältnisse zu vermeiden. Denn die Griechen sind inzwischen zum klassischen Beispiel für Versäumnisse und Unterlassungen geworden, die ins Abseits führen. Statt



ihren Staat auf Vordermann zu bringen, das Beamtenheer abzubauen, die Rentenbestimmungen zu verschärfen und die Steuerhinterziehung und Korruption zu bekämpfen, haben die Parteien weiterhin ihre jeweilige Klientel versorgt und lieber gefälschte Bilanzdaten nach Brüssel gemeldet. Wir sind weit weg von griechischen Verhältnissen, aber der Widerstand gegen das Sparen und die Forderung aller, die jeweils anderen sollten verzichten, zeigt, wie groß die Gefahr ist, dass alles zertrennt wird. Und wie es scheint, finden Interessengruppen immer sogenannte Volksvertreter, die nicht das Gesamte im Auge haben, sondern angeblich legitime Partikularinteressen.

Schon der Landeshaushalt 2012 hat den Abschied von der Vorstellung gebracht, das Land könne alles finanzieren – vom Nahverkehr im Halbtakt oder der Bahn ins Überetsch und Sozialwohnungen über die Bergbauern- und Familienhilfe bis zur Uni, der Pflegeversicherung, der Wirtschaftsförderung

und dem Gesundheitsdienst. Die Sparvorgaben aus Rom und die Knappheit der Mittel zwingen jetzt dazu, auch heilige Kühe zu schlachten und Übersparten etwa im öffentlichen Dienst oder im Nahverkehr zu reden (wo noch bis vor Kurzem geprotzt wurde). Das Problem: Wo auch angesetzt wird, gibt es einen Aufschrei der Betroffenen, unabhängig davon, ob Einschnitte objektiv berechtigt sind. Aber wir haben halt einmal weit mehr Lehrer als so gut wie alle anderen Regionen in Europa (es

kommen weniger als neun Schüler auf einen Lehrer), und wir könnten damit leben, wenn wir dafür exzellente Ergebnisse bekämen. Aber das ist nicht der Fall, wie UVS-Präsident Stefan Panjünger festgestellt hat. Wir sind nur guter Durchschnitt. Warum sind Lehrer

Nichtobjektive Diskussion übers Sparen

kritisch, wenn es um die Vorzugsbehandlung von Bauern beim Steuererzahlen geht, aber sich selbst gegenüber nicht – und wie so ist es bei den Bauern gerade umgekehrt? Und: Ist es nicht eine Tatsache, dass wir in Südtirol einfach zu viele Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben? Wie soll das gehen, dass 40.000 Beschäftigte in Südtirol (wenn man alle zählt, sind es sogar 50.000) aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden? Um nicht missverstanden zu werden: Wir brauchen den öffentlichen Dienst und die meisten Mitarbeiter sind nützlich und notwendig. Aber man kann Gift darauf nehmen, dass es niemand merkt, wenn wir die Stellenpläne nach und nach um fünf oder mehr Prozent ausdünnen. Wir müssen ja alle Dienste selbst bezahlen – in der Regel mit hart verdientem Geld, mit Einkommensteuern, mit der Mehrwertsteuer, die jetzt auf 22 Prozent steigt, mit hohen Treibstoffpreisen! Dürfen wir permanent darüber klagen, dass die Belastungen immer ärger werden und gleichzeitig verhängte Sparmaßnahmen torpedieren, die über den Verzicht auf „Protzbauten“ hinausgehen? Sollen wir am Ende Geld ausgeben, das wir nicht mehr haben, um ja nichts ändern zu müssen? Reden wir gern von Nachhaltigkeit und machen am Ende Schulden – oder sparen an Investitionen, die Südtirol konkurrenzfähig halten?

Der Landtag ist gefordert, die Weichen richtig zu stellen – mit Blick auf Land, Leute und Zukunft – nicht auf die nächsten Wahlen.

Robert Weissensteiner
robert@svz.it

Landtag?

Im Dezember befassen sich unsere Volksvertreter wieder mit dem Landeshaushalt. Die entscheidenden Sitzungen dauern da oft weit länger als üblich. Bimbal im Jahr wird aus dem Landtag eine Landnacht.

Südtiroler Wirtschaftszeitung

Wochenspezial Wirtschaft und Politik – 64. Jahrgang, Nr. 48/12, Freitag, 23. November 2012 – € 4,00

Grubenkampf verlieren alle ... **24 Stunden an 7 Tagen?** ... **Steuerlaste Vereinfachung** ... **TopControl**

Es ist Zeit zu handeln

Die Landesregierung hat den Haushalt 2013 verabschiedet, jetzt ist der Landtag am Zug. Der große Wurf ist mit Blick auf das Wahljahr 2013 nicht gelungen. Derweilen sind Lobbys bemüht, das notwendige Umdenken im Ansatz abzuwürgen. Dabei ist es höchste Zeit zu handeln.

Landtag?

Im Dezember befassen sich unsere Volksvertreter wieder mit dem Landeshaushalt. Die entscheidenden Sitzungen dauern da oft weit länger als üblich. Bimbal im Jahr wird aus dem Landtag eine Landnacht.

Robert Weissensteiner
robert@svz.it

Landeshaushalt – Die schrumpfenden Mittel lassen die Fixkosten zum Problem werden – und dort tut kürzen ordentlich weh

Gefesselt und geknebelt

Sogar ein Eingriff in die Kollektivverträge des Landespersonals steht im Raum. Die Landesregierung versucht in extremis, die Fixkosten in den Griff zu bekommen, die den Landeshaushalt inzwischen zu 76 Prozent knebeln. **Südtirol beginnt zu büßen, dass es nie sparen musste.**

BÖHM – Als der Haushaltsausschuss des Landtages am Montag unter dem Vorsitz von Walter Baumgartner das Finanzgesetz zum Landeshaushalt 2013 diskutierte, sorgte Artikel 9 für reichlich Zündstoff. Dort geht es darum, wie das Land bei den Personalkosten sparen könnte. Vorerst gestrichen würde die von den Gewerkschaften heftig kritisierte 60-Minuten-Regelung für die Lehrer. Nicht sonderlich aufregend, obwohl von den Gewerkschaften mit Unmut quittiert, ist weiters die Senkung der Kilometervergütung für Dienstfahrten des Landespersonals auf 0,40 Euro und der Essensvergütung im Außendienst auf 20 Euro. Ungleich

Unpopuläre Vorschläge trotz Wahljahr

dicker kam es aber mit einem Abänderungsantrag von Finanzlandesrat Roberto Bizzo, der für 2013 eine zweiprozentige Einsparung (etwa 20 Millionen) beim Personal festschreiben wollte, notfalls mittels Änderung der Kollektivverträge und auch ohne Einvernehmen der Gewerkschaften. Letztendlich war der Haushaltsausschuss mehrheitlich der Meinung, dass dies doch zu weit geht: Zwar bleibt das Zwei-Prozent-Ziel aufrecht, aber die Landesregierung braucht – auf Antrag des Grünen Riccardo Dello Sbarba – zwingend das Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Es darf davon ausgegangen werden, dass im Dezember bei der (endgültigen) Landtagsdebatte versucht wird, den Fassung doch noch zugunsten der Landesregierung abzuändern.

Abgesehen von diesem Detail macht der Artikel 9 des Finanzgesetzes deutlich, dass im Landeshaushalt Feuer am Dach ist: Die Landesregierung muss trotz nahender Wahlen unpopuläre Maßnahmen vorschlagen, weil ihr die Fixkosten davonlaufen, jahrelang stellten die (zunehmenden) Fixkosten angesichts munter wachsender Landeshaushalte kein Problem dar. Jetzt schränken sie – in Kombination mit den rabattierten Sparforderungen der Regierung Monti – den Handlungsspielraum bei der Verplanung der Geldmittel aber extrem ein. Es musste Mario Monti kommen, um zu erzwängen, was einzelne Landesräte und Landtagsmitglieder – vorwiegend aus dem Wirtschaftslager – seit Jahren anmahnten, nämlich ein Drücken der laufenden Ausgaben.

Die erschreckenden Zahlen liefern der Landesrat Roberto Bizzo und Chefökonomer Ervo Magagnoli vergangene Woche bei einer Pressekonferenz im Dezember des Landeshaushalts 2013 betragen die laufenden Ausgaben 3.304 Millionen Euro, die Investitionsausgaben hingegen nur 1.295 Millionen. Dabei wurde noch großzügig gerechnet, denn jene 260 Millionen Euro, die das Land nur ausgeben darf, wenn es vor dem Verfassungsgesicht gegen Mario Monti gewinnt, sind fast zur Gänze als Investitionsausgaben klassifiziert. Das heißt: Es ist noch gar nicht sicher, ob in Investitionen wirklich 1.295 Millionen fließen können. Vor diesem Hintergrund



verfüert auch Bizzos Feststellung an Wert, wonach sich das Verhältnis zwischen Fixkosten und Investitionsausgaben im Landeshaushalt seit 2010 kontinuierlich zugunsten der Investitionsausgaben verschiebt (Anmerkung: Bizzo ist seit 2010 Landesrat).

Die Analyse des Unternehmerverbandes Südtirol (UVS) fällt verärgert aus: „Der Weg muss in Richtung Effizienz und Spesenoptimierung gehen, man

2013, vor zehn Jahren waren es „nur“ 55 Prozent gewesen. UVS-Präsident Stefan Pan sagt: „Das Land ähnelt immer mehr einem Unternehmen, das nur mehr die Gehälter der Mitarbeiter, die Mieten und die Stromrechnung bezahlt, dem aber die Gelder für strategische Investitionen, die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum bedeuten, fehlen.“ Und: „Wenn wir so weitermachen, brauchen wir bald keine Politiker mehr.“ Zustimmung kommt von

Landesrat Thomas Widmann, der in der Landesregierung gegen den Landeshaushalt gestimmt hatte und der im RAJ-Sender Bozen eine seiner schon oft gehörten Warnungen wiederholte: „Es kann nicht sein, dass der Landeshaushalt nur mehr ein Durchlaufposten für Fixkosten ist.“ Den protestierenden Gewerkschaften antwortet Widmann: „Der Haushalt wird weiter schrumpfen, und wenn wir handlungsfähig bleiben wollen, brauchen wir strukturelle Reformen.“ Der UVH zitierte seinen Präsidenten Geri Lantz in einer Pressesaufsendung wie folgt: „Der Weg muss in Richtung Effizienz und Spesenoptimierung gehen, man

sollte sich nicht nur auf Einsparungen konzentrieren.“ Und der freiberufliche Landtagsabgeordnete Roland Tinkhauser stellt fest: „Ja, das Verhältnis zwischen Fix- und Investitionskosten im Landeshaushalt ist erschreckend, wobei allerdings zu sagen ist, dass genauso die römischen Spardiktate erschreckend sind.“

Auf Rom zu schimpfen, wie dies derzeit praktisch alle Parteien tun, hilft Südtirol in der aktuellen Situation freilich nicht weiter. Der Landesregierung muss vorgeworfen werden, trotz Warnungen den richtigen Zeitpunkt für ein Hemmen der Fixkosten verpasst zu haben. Wahrscheinlich war dies sogar menschlich, weil die wachsenden Fixkosten immer problemlos leistbar waren. Jetzt aber schmerzt das Sparen umso mehr, und die Wortwahl in besagtem Artikel 9 des Finanzgesetzentwurfs spricht Bände: „Die Bestimmungen jeglicher Rechtsquelle“ zu verschiedenen Aspekten der Entlohnung, „finden nicht mehr Anwendung“. Geltende kollektivvertragliche Regelungen werden einfach infrage gestellt – und das in einem Wahljahr! Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Walter Baumgartner (SVP) meint: „Es darf in der jetzigen Situation beim Sparen keine Tabus ge-

Der Weg ist schmerzlich, aber es ist auch festzustellen, dass in der Privatwirtschaft so mancher Sektor diesen Weg bereits vorausgegangen musste.

ben, auch dieses Tabu nicht, wohl wissend, dass es sich um gesetzlich verbriefte Rechte handelt.“ Es sind dies harte Worte, die in Südtirol bis vor Kurzem unvorstellbar gewesen wären.

„Der Weg ist schmerzlich, aber es ist auch festzustellen, dass in der Privatwirtschaft so mancher Sektor diesen Weg bereits vorausgegangen musste“, erinnert Kommissionsmitglied Hanspeter Munter (SVP) an die Tausenden Arbeitsplätze, die allein im Bau- und Holzsektor letzten verloren gegangen sind. Josef Negri, der Direktor des UVS, stellt fest, „dass wir die Bevölkerung einfach sensibilisieren müssen, dass es ohne sparen nicht mehr geht und dass in der heutigen Zeit Kritik verdient, wer sich gegen Einsparungen stellt“.

Wie schwer das fällt, wenn man nie lernen musste zu sparen, zeigen die Proteste überall dort, wo die Landesregierung Fixkosten kürzen versucht. Weniger öffentliche Busse? Unbelieb! Eine neue Stundenregelung für die Lehrer? Eine Frecheheit! Sparen beim Verwaltungspersonal? Ein Angriff auf die Kaufkraft der Familien! Dabei ist das, was mit dem Landeshaushalt 2013 gemacht wird, erst ein erster Schritt. Weitere werden folgen (müssen). „Die Fixkosten verschwinden nicht über Nacht“, sagt Hanspeter Munter. Vor allem die Wirtschaftsverbände fordern weitere Anstrengungen vonseiten der Landesregierung. Stefan Pan, „Südtirol always einen Inzasso, das mit Lebertränzen und allen erdenklichen unmöglichen Extras auf eine Wand zusteuert.“ Trotz Artikel 9.

Christian Pfeifer
@christianpfeifer

Info

Es darf keine Tabus geben

Die hohen Fixkosten bereiten der Landesregierung Kopfschmerzen. Was in den vergangenen Jahren Investitionsausgaben ist, wird heute zu Fixkosten geworden, egal ob Investitionen in neue Busse (die jetzt fahren sollten), in moderne Tunneln (deren Wartung nicht ganz billig ist) oder in großzügige Sportplätze und zum Teil überdimensionierte Vereinshäuser und Feuerwehrhallen, deren Wartung und Führung indirekt ebenfalls aus dem Landeshaushalt bestritten werden muss. Dazu kommt, dass – so rechnet der Unternehmerverband Südtirol (UVS) vor – hierzulande mehr öffentlich Bestenliste zu erhalten sind als anderswo, zum Teil aufgrund autonomer „Zusatzaufgaben“, zum Teil aber auch, weil Südtirols reicher Landeshaushalt lange Zeit ein Hintergründ von ständigen Neuaufnahmen einfach nicht notwendig

machte. Inzwischen verschlingen Sanität, Bildung und Verwaltung etwas mehr als die Hälfte der Mittel, die mit dem Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Die Fixkosten lassen sich nicht senken. Wervorsichtigt fordert, dass diese drei (großen) Bereiche ernsthafter als bisher nach Einsparungspotenzial zu durchforsten wären, wird schnell gebrandmarkt als jemand, der bei den kranken Menschen Mißverständnisse oder die Ausplünderung unserer Kinder aus Spielsetzen möchte oder die Mär von den faulen Landesbestensten benutzt. UVS-Präsident Stefan Pan steht es ganz anders, wenn er sagt, dass ausgerechnet „das Nichthandeln das hohe Niveau des Gesundheitswesens infrage stellt“ und ergänzt: „Schutz der Gesundheit darf nicht gleichgesetzt werden mit Schutz der Gesundheitsstrukturen.“ Pan stellt sich die Frage, ob Südtirol wirklich sieben Krankenhäuser, 20 Gesundheitsprägnel und 14 Sprengelstützpunkte braucht.

Raffael Mooswaller, der Geschäftsführer des Südtiroler Wirtschaftsringes (SWR), und Ivan Bozzi, der Präsident des italienischen Wirtschaftsverbandes USEB, äußerten sich bei der Anhörung im Haushaltsausschuss des Landtags ähnlich besorgt über den sinkenden Handlungsspielraum im Landeshaushalt aufgrund steigender Fixkosten. Es fällt auf, „dass gerade bei den großen Ausgabenkapiteln weniger gekürzt wird als bei den kleineren Kapiteln, bei denen schon in den letzten Jahren der Sparstift angesetzt wurde.“ Exemplarisch genannt wird das Verwaltungspersonal: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Abbau mit wenig Nachdruck angesprochen wird.“ Und Ähnliches gelte für die Sanität. Die Aussage, dass es in der Sanität bei einem Haushaltskapitel von über 1.171 Millionen Euro im Jahr 2012 nicht möglich sein soll, 31 Millionen Euro einzusparen, ist nicht nachvollziehbar.

Small version of the article 'Gefesselt und geknebelt' with a thumbnail image of the wallet and padlock. Includes a small 'Info' section and a footer with logos for 'Pfeifer & Bionora' and 'PLATINER & BIONORA'.